

**FDP- ORTSVERBAND BORKUM**  
**PRESSESPIEGEL**  
**Borkumer Zeitung – 04. Dezember 2003**  
~Leserbrief~

**FDP kann mit  
Kompromiss gut leben**

Zur Berichterstattung der Borkumer Zeitung vom 1. Dezember „FDP will Klage gegen Villa Erika einreichen“ stellt der Vorstand der Borkumer FDP folgendes fest:

Der Ratsherr Haenelt hat in der Ratssitzung vom 25. November 2003 Klage gegen den Beschluss des Rates zur „Villa Erika“ angekündigt und verkündet, dass uns dadurch die „Villa Erika“ noch zwei bis drei Jahre in diesem Zustand „erfreuen“ wird. Wir werden also unseren verwunderten Gästen noch lange erklären müssen, warum ein solches Gebäude in exponierter Lage derartig verfällt. Der Vorstand der Borkumer FDP bedauert das außerordentlich und distanziert sich klar von der angedrohten Klage. Der Ratsherr ist in seinen Entscheidungen und Äußerungen frei und nicht verpflichtet, sich an die Empfehlungen, Vorhaben und Auffassungen des Parteivorstandes zu halten. Eine Klage wie vom Ratsherrn angedroht trifft im Vorstand der Borkumer FDP auf klare Ablehnung und wird von uns weder für gut heißen noch unterstützt.

Der Vorstand der FDP ist grundsätzlich für die Umgestaltung des Grundstückes „Villa Erika“. Wir lehnen eine 100-prozentige Bebauung des Grundstückes ab, können aber gut mit dem gefundenen Kompromiss leben.

Wir sind gegen die totale Blockade von Investoren, welche in der Lage sind, so zu investieren, dass das Stadtbild verbessert wird und im Rahmen der freien Marktwirtschaft neue attraktive Angebote für Borkum geschaffen

Wenn Unabhängigkeit über Änderungen von Bebauungsplänen besteht, so sind wir für Gespräche zwischen allen Beteiligten, an deren Ende Kompromisse stehen, die die Verwirklichung der Vorhaben ermöglichen und nicht abschrecken. Selbstverständlich haben sich diese Kompromisse im Rahmen der gesetzlichen Gegebenheiten zu bewegen. Wir haben niemals gefordert, Investoren am Gesetz vorbei, Vergünstigungen einzuräumen. Wie wir die Tatsache bewerten, dass der jetzige Investor ausgerechnet ein einflussreicher CDU Politiker ist, haben wir bereits deutlich gemacht. Uns wäre es lieber, wenn diese Vorgehen nicht den „Mantel parteipolitischer Schiebereien“ zu tragen schiene.

Wir fordern in solchen Fällen Gesprächsbereitschaft und Flexibilität, weil uns kompromisslose Blockadenpolitik nicht vorwärts bringt. Die Vorgänge um die „Villa Erika“ schrecken andere Investoren geradezu ab. Eine solche Politik hat zur Folge, dass wir niemals Lösungen für andere Grundstücke finden werden (Wilhelmshöhe, Alte Jugendherberge, etc.). Bei der Kombination der derzeitigen Wirtschaftslage und einer Politik, die sich weigert flexibel und angemessen Änderungen herbeizuführen, ist zu befürchten, dass auf Borkum Jahr für Jahr weitere Bauten verfallen und das Stadtbild nachhaltig negativ verändert.

Was ist es, wenn nicht „Paragrafenreiter“, wenn man bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit dem Gesetzbuch wedelt, Paragraphen ohne Ende zitiert und mit Klagen droht, anstatt sich konstruktiv an einer Problemlösung zu beteiligen, die allen dienlich ist und uns vorwärts bringt. Diese Politik tragen wir nicht mit.

Unser Land reguliert sich selbst zu Tode und wenn jeder Versuch eines – noch so, und auch uns, unbequemen – Investors „Schandflecken“ zu beseitigen und neues zu erschaffen, so torpediert wird, wie es bei der Villa Erika der Fall ist, dann ist die Zukunft unserer Insel das erste Opfer, denn es wird nicht bei einer „Villa Erika“, bei einer „Wilhelmshöhe“ und bei einer Jugendherberge bleiben.

**Vorstand des FDP  
Ortsverbandes Borkum  
Fokke Schmidt jr.**

**SPD bedauert  
Schritt Haenelts**

**BORKUM** – „Unverständlich“ für die Borkumer SPD ist die Aussage des FDP-Ratsherrn Bruno Haenelt während der jüngsten Ratssitzung, einen Neubau am Platz der abrisssreifen „Villa Erika“ gerichtlich verhindern zu wollen. Dies teilte die SPD jetzt in einem Schreiben an unsere Zeitung mit. Wörtlich heißt es darin weiter: „Interessant wurde es aber erst, als er in der gleichen Sitzung einen Antrag stellte, solche „Schandflecken“ zu verhindern beziehungsweise zu beseitigen. Hat er nun als FDP-Ratsherr oder als Mitglied der sogenannten Bürgerinitiative Bismarckstraße gehandelt?“

Eindeutig sei durch den Bauherrn festgestellt worden, dass Ferienwohnungen in dem geplanten Gebäude nicht vorkommen sollten. Deshalb bedauert die Borkumer SPD diesen Schritt Haenelts. Abschließend heißt es, die SPD findet den Beschluss des Rates der Stadt Borkum – den sie auch mitgetragen hat – als guten Kompromiss, das Ortsbild der Insel zu verschönern.